

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51
FDP im Internet: www:http://www.fdp.ch E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

SESSION **Ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht?**

Überfordertes Milizparlament?

92158

Die Wintersession brachte es wieder einmal an den Tag: Gleich haufenweise dominierten gewichtige und hochkomplexe Geschäfte die Tagesordnung von National- und Ständerat. Nach gewalteten Diskussionen und durchgeführten Abstimmungen entstand dabei zuweilen der Eindruck, die Grenze der Belastbarkeit unseres Milizparlamentes sei erreicht.

Nicht selten handelt es sich hierbei aber um Interessengruppen oder um die Verwaltung selbst, die auf diese Weise ihren bereits grossen Einfluss auf die Parlamentsarbeit noch verstärken.

Schwache Parteien – schwaches Parlament?

Die schweizerischen Parteien sind – im Vergleich zur Verwaltung, zu den Verbänden und Medien, schwach. Sie waren es schon immer, institutionell und politisch so gewollt.

Wenn nun aber das «Milizsystem» Anzeichen von Überforderung und Schwächen zeigt, so ist dies erstens nicht gewollt und zweitens ungleich gravierender. Korrekturen, Verbesserungen am bestehenden System sind daher zu suchen.

Denn ein potentiell überfordertes Parlament birgt auch die Möglichkeit suboptimaler Beschlüsse in sich. Und das können wir uns schlicht nicht leisten.

wirken, können sich entweder nur bestsitierte Gewählte wie Peter Bodenmann oder aber bezahlte Funktionäre leisten. In beiden Fällen findet hier bereits seit längerem faktisch eine weitere schleichende Professionalisierung unseres derzeitigen, «Milizsystem» genannten Halbberufparlamentes statt.

Nur führt diese Regelung dazu, dass mit der Aufrechterhaltung des Scheins der Miliz nicht selten die Rekrutierungsbasis für potentielle Kandidatinnen und Kandidaten verkleinert wird, da nicht jede und jeder einen Vollzeitjob zum Milizansatz leisten kann.

Auf die Hilfe Dritter angewiesen

Wer sich demgegenüber ans Milizsystem hält und neben seinem Mandat einen Beruf usw. ausübt, ist bei immer mehr Vorlagen, die einander in einer manchmal geradezu schwindelerregenden Kadenz folgen, immer stärker und häufiger auf die Unterstützung und Hilfestellung Dritter angewiesen.

MARKUS R. SEILER,
PRESSECHIEF
FDP SCHWEIZ



Beispiele? Neat, BSE-Ausmerzaktionen, Fernmeldegesetz,

Postgesetz, nachrichtenlose Vermögen, Budget. Hierzu und zu vielem mehr galt es – zum Teil unter enormem Zeitdruck – Lösungen zu finden, Entscheide zu fällen. Dabei offenbarte das Milizparlament neben seinen traditionellen Stärken auch Schwächen.

Ist eine Vorlage so komplex, kontrovers und umfangreich wie die Neat, die Reform von Post und Telecom bleiben einer Parlamentarierin, einem Parlamentarier oft nur zwei Möglichkeiten: sich praktisch voll und ganz für sein Mandat zu engagieren oder auf das Wissen und den Rat anderer abzustellen.

Schleichende Professionalisierung

Ersteres ist nicht für alle möglich. De facto als unabhängiger Berufspolitiker zu

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Über Politik im Zeitalter der Globalisierung lesen Sie ab Seite **5**
- Warum uns ein Investitionsbonus nicht aus der Krise führen kann. Seite **7**
- Besuch bei der Schwesterpartei: Die FDP zu Gast bei den Deutschen Liberalen. Seite **17**
- Was war es? Über siebzig Vorschläge sind auf unseren Wettbewerb hin eingegangen. Eine Vermutung war richtig. Die Auflösung finden Sie auf Seite **20**



Am falschen Ort gehorcht?

Es ist noch nicht lange her, da gehörte der Vergleich von Länge und Umfang der eigenen «Fiche» zum liebsten Zeitvertreib aller Linken. Dass sich die Zeiten geändert haben, hat die Telefonüberwachungsaktion des «Sonntags-Blicks» gezeigt: Bespitzelt wird nun von links.

MRS. Mit allen Mitteln der modernen Technik liess das Departement des Innern die Telefone und Faxe des Journalisten überwachen, der die noch vertraulichen Resultate des ersten IDA-FiSo-Berichtes vorzeitig veröffentlichte. Die ob dieser Indiskretion verärgerte Bundesrätin Dreifuss hatte zuvor höchstpersönlich ankündigen lassen, sie werde den Vorfall untersuchen lassen.

Das tat sie denn auch. Während die Genossinnen

und Genossen anlässlich der Beratungen über das Bundesgesetz über die innere Sicherheit gegen den «grossen Lauschangriff» Sturm liefen, liess die linke Bundesrätin via Bundesanwaltschaft schweres Geschütz auffahren. Man liess Telefone überwachen, wie dies sonst nur bei dringendem Verdacht auf schwere Gesetzesverstösse angeordnet wird. Existierten Bedenken, ob derartige Massnahmen übertrieben sein könnten? Weggefegt, wenn es um die eigenen Interessen geht. Brachte die Übung Resultate? Auch das nicht.

Sollte es wieder einmal darum gehen, Quellen von Indiskretionen ausfindig zu machen, dann müsste man dort horchen, wo es sich lohnt. Warum also sich das nächste Mal nicht im Dreieck «Generalsekretariat EDI - Brig - Gewerkschaftsbund» umhören?

SCHWEIZERISCHE
LANDESBIBLIOTHEK
HALMELSTRASSE 15
3003 BERN

231

61-24700011

HINTERGRUND ◉ *Zum liberalen Staat gibt es keine Alternative*

Mehr Skepsis zeigen!

ANDREAS ITEN,
STÄNDERAT,
UNTERÄGERI ZG



Hinter einer liberalen Haltung stehen ein bestimmtes Menschenbild und eine Vorstellung von Gesellschaft und Staat. Diese Vorstellung hat sich im 18. Jahrhundert entwickelt und hat zu den radikal-liberalen Revolutionen des letzten Jahrhunderts geführt.

Das Ergebnis der Ideenkämpfe war der liberal-demokratische Staat. Da sich im Lichte der Globalisierung der Märkte neue Mächte zu bilden beginnen, braucht es eine neue Besinnung auf die liberale Demokratie. Dass es zu ihr keine Alternative gibt, muss mit Blick auf die überholten und real ad absurdum geführten Kommando- und Planwirtschaften nicht lange diskutiert werden.

Antithese zum Marxismus

Das liberale Menschenbild ist durch Jahrhunderte schmerzlicher Erfahrungen im Umgang mit der Macht von Denkern verschiedener Schattierungen erarbeitet worden und hat vor 200 Jahren, zur Zeit der Französischen Revolution, auch politisch einen ersten Durchbruch erzielt. Von da an galt es den Staatsdenkern als Ideal. Es war die Antithese zum Marxismus.

Worin beruht dieses Menschenbild? Der Liberale rechnet mit der Freiheit sowohl wie mit deren Missbrauch. Daraus entsteht ein tief verwurzelttes Misstrauen gegen jede Anhäufung von Macht. Der Liberale geht davon aus, dass die Menschen, die zu Macht

kommen, diese für sich und ihre Vorteile zu gebrauchen versuchen. Dem Liberalen ist bewusst, dass es eine vollkommene Gesellschaft nicht gibt. Der Liberale ist also ein Skeptiker, und Skepsis ist der Sinn für die Gewaltenteilung.

Die Machtkontrolle im Zentrum

Der Liberale geht von der Frage Karl R. Poppers aus: «Wie können wir den Staat organisieren, dass auch schlechte Herrscher keinen allzu grossen Schaden anrichten können?» Und die Antwort darauf lautet: Durch eine liberale Demokratie, deren Kennzeichen Machtkontrolle und Machtteilung sind. Daraus entspringen die Rechte des Volkes, die föderale Organisation des Staates und die Delegation der Autonomie an kleine Gebilde wie Gemeinden, Kantone und Länder. Der zentrale Punkt des liberalen Denkens ist die Machtkontrolle. Wo immer sich nämlich Macht, Einfluss und Gewalt unkontrolliert anhäufen, wird sie missbraucht.

Der Liberale ist demnach zu Recht ein Skeptiker. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und der Welt braucht es eine neue radikal-liberale Bewegung. Es darf nicht nur ein Missbrauchen dem Staat gegenüber geltend gemacht werden, sondern auch allen jenen Machtgebilden der Gesellschaft gegenüber, die über Menschen verfügen können.

Skepsis gilt nicht nur dem Staat

Karl R. Poppers Satz muss heute ausgeweitet werden. Er muss heissen: «Wie können wir den Staat, die Ge-

sellschaft, die Wirtschaft und die darin Verantwortlichen organisieren, dass auch schlechte Herrscher und Machtverwalter keinen allzu grossen Schaden anrichten?» Skepsis gilt nicht nur dem Staat gegenüber, sondern vor allem auch gegenüber jenen anonymen Mächten, die in irgendeiner Zentrale der Welt Menschen arbeitslos machen können, ohne dafür moralisch und finanziell in die Pflicht genommen zu werden.

Eine liberal-radikale Bewegung müsste sich auch der EU gegenüber zu artikulieren beginnen. In Brüssel entsteht ein Machtgebilde, das einer echten demokratischen Kontrolle entzogen ist. Die Berichte über Korruption müssten einen Liberalen im höchsten Masse beunruhigen.

Die Medien, die sich sonst so intensiv mit kleinen Skandalen beschäftigen, berichten darüber nur spärlich. Das dürfte ein

Hinweis sein, dass es an liberal-radikaler Skepsis fehlt, sobald sie nicht ins Bild passt. Wir sollten uns an einen Satz von Odo Marquard halten, der schreibt: «Indem die Skepsis illusionäre und ruinöse Zustimmung zerstört, macht sie menschliche Zustimmungen allererst möglich.»

Wird die wirtschaftliche Macht anonym und unkontrollierbar, die einzelnen Menschen nur noch Kostenfaktoren und auswechselbare Funktionsträger, dann ist es an der Zeit, eine liberal-radikale Organisation auf die Beine zu stellen, welche die Macht, auch diejenige, die sich auf dem Globus irgendwohin verzieht, kontrolliert. Die Politik sollte nicht zum nützlichen Idioten der anonymen Mächte werden.

Das Ideal liegt im Ausgleich

Der Liberale sucht den Ausgleich und das Gleichge-



Es wusste schon Wilhelm Tell: Der Liberale ist skeptisch gegenüber jeder Machtkonzentration! (Photo Stahl)

ZUM THEMA

Der Liberale rechnet mit der Freiheit sowohl wie mit deren Missbrauch.

Der zentrale Punkt des liberalen Denkens ist die Machtkontrolle. Wo immer sich nämlich Macht, Einfluss und Gewalt unkontrolliert anhäufen, wird sie missbraucht.

Skepsis gilt nicht nur dem Staat gegenüber, sondern vor allem auch gegenüber jenen anonymen Mächten, die in irgendeiner Zentrale der Welt Menschen arbeitslos machen können, ohne dafür moralisch und finanziell in die Pflicht genommen zu werden.

wicht der Macht, indem er sie der demokratischen Kontrolle unterwirft. Ich zitiere aus dem Werk von Will Kymlicka «Politische Philosophie heute»: «Wenn sie (die Liberalen) gewisse ökonomische Freiheiten zulassen, die zu Ungleichheiten führen, dann, weil sie diese ökonomischen Freiheiten gerade zur Verwirklichung ihrer allgemeinen Gleichheitsidee für notwendig halten.

Der gleiche Grundsatz, aus dem sie für den freien Markt sind – nämlich dass er die Menschen für ihre Entscheidungen verantwortlich macht –, veranlasst sie auch zu Beschränkungen des Marktes da, wo er Menschen aus Gründen belastet, die nichts mit ihren Entscheidungen zu tun haben.

Der Liberale ist also für die gemischte Wirtschaft und den Wohlfahrtsstaat nicht deshalb, weil er zwischen gegensätzlichen Idealen einen Kompromiss schliessen möchte, sondern zur besten praktischen Verwirklichung der Gleichheitsforderung selbst.»

IM GESPRÄCH  Ruth Gisi, Regierungsratskandidatin

Überzeugt durch das «F» und das «D» der FDP

**WELCHES IST IHR LEBENS-
MOTTO?**

Leben und leben lassen.

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT
BLICKEN, WORAUF GRÜNDET
SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?**

Auf eine hoffentlich mutigere, weltoffenere, tolerantere Jugend.

**WAS BEREITET IHNEN DIE
GRÖSSTE SORGE?**

Aktuell in der Schweiz: die Angst und Mutlosigkeit der Schweizerinnen und Schweizer.

Weltweit: die Unfähigkeit der Menschen, friedlich zusammenzuleben, und die fortschreitende Umweltzerstörung.

**WELCHE ERFINDUNG DER
MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR
DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR
DIE ENTBEHRLICHSTE?**

Wichtigste: der Buchdruck
Entbehrlichste: Waffen

**WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH
ERFUNDEN WERDEN?**



Will eine gute Regierungsrätin für den Kanton Solothurn werden: Ruth Gisi.

Der Mensch, der aus der Geschichte lernt.

**WAS LIEBEN SIE AN DER
SCHWEIZ?**

Immer noch vieles, vor allem aber die Demokratie, die Berge und die für mich nach wie vor beste Schokolade der Welt.

**WAS MISSFÄHLT IHNEN IN UN-
SEREM LAND?**

Unsere Nein-Kultur zu fast allem Neuen, der alltägliche Griesgram und Pessimismus trotz unserem weltweit immer noch grössten Wohlstand.

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZU-
KUNFT?**

Hoffentlich in eine positive Vorreiterrolle für das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN
DAS BESTEHENDE,
FORTSCHRITT IST NUR ÜBER
DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.»
TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Wie die Geschichte lehrt, trifft diese Aussage leider in den meisten Fällen zu. Wenn sich Mehrheiten für Fortschritt und mehr Mut zu Risiko entscheiden könnten, wären wir schon in vielen Bereichen weiter.

**GESETZT, ES GÄBE EINEN
NOBELPREIS FÜR POLITIKER,
WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEI-
HEN?**

FdP-Bezirksvertreterin (Frauenverantwortliche) im Dorneck, Vorstandsmitglied der FdP-Kantonal- und Bezirkspartei sowie der FdP-Arbeitsgruppe Frau und Politik.

Liebste Tätigkeit: Ich versuche immer wieder das, was ich gerade tue, besonders intensiv und damit auch gerne zu tun. Schade, dass wir heute so stark zwischen Arbeits- und Freizeitleben unterscheiden.

Gerechtigkeit und damit Frieden sind die höchsten Güter, für die sich Politiker und Politikerinnen einsetzen können und müssen. Dafür gibt's bereits den Friedens-Nobelpreis.

**WODURCH KANN EINE POLITI-
KERIN, EIN POLITIKER SIE
ÜBERZEUGEN?**

Durch ein Verhalten, das nicht diktiert wird vom Denken an die nächsten Wahlen.

**WARUM SIND SIE BEI DER
FDP?**

Wegen des F und des D. Freiheit und Demokratie sind zwei sehr hohe und leider immer wieder gefährdete Werte in einer Gesellschaft. Politischer Einsatz für diese Werte ist nötig und lohnend.

**WAS IST DIE STÄRKE DER
FDP, WO SIND IHRE
SCHWÄCHEN?**

Die Stärke der FDP ist ihr Fundament, siehe vorangehende Frage. Ihre Schwäche, dass sie in die Jahre gekommen ist, viel von ihrem radikalen Ursprung und Schwung verloren hat und eine notwendige Erneuerung ihrer eigenen Strukturen noch nicht geschafft hat.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE
PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN,
WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE
STÄRKE?**

Heute gibt es psychologische Ratgeber, wo man nachlesen kann, was man auf diese Frage antworten soll und was nicht. Deshalb passe ich.

**WENN SIE NOCH EINMAL
WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN**

STICHWORTE

INTERNET: + mehr Inter-Mensch!

SOZIALSTAAT: Stösst an Grenzen

NEAT: Jüngst: ständerätliches Jekami

AGRARPOLITIK: gordischer Knoten

VERFASSUNGSREVISOR: Zaghaft wie wir

PREISÜBERWACHER: Marti der Vielbeschäftigte

ARENA: ... di Verona

**BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ER-
LEBEN?**

Ich bereue nichts an meinem beruflichen Werdegang.

**WELCHEN FILM HABEN SIE
KÜRZLICH ANGESCHAUT?**

«La notte» anlässlich des Todes von Marcello Mastroianni. Ein starker, stiller Schwarzweissfilm, der sich wohltuend von der heutigen Action-Besessenheit im Film-Business abhebt.

**WELCHE SCHWEIZERISCHE
PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE
GERNE KENNENLERNEN UND
WARUM?**

Die gegenwärtig höchste Schweizerin, Judith Stamm. Weil sie so ist, wie ich mir viel mehr Politikerinnen und Politiker wünschen würde: mutig, eigenwillig, kämpferisch, hartnäckig, grenzüberschreitend (z. B. keine Angst vor anderen Parteien und vor Europa), humorvoll und lebensfroh.

**WAS MÖCHTEN SIE AM LIEB-
STEN TUN KÖNNEN, WAS SIE
NICHT KÖNNEN?**

Einen spannenden historischen Roman schreiben.

**WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN
SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Eine gute Regierungsrätin für den Kanton Solothurn werden.

KURZBIOGRAPHIE

Ruth Gisi

Ruth Gisi, Jahrgang 1951, verheiratet, nach einigen Semestern Germanistik an der Uni Zürich Anstellungen in der Verlags- und Werbebranche sowie als Sprachlehrerin, 1985 bis 1989 Jus-Studium an der Uni Basel, anschliessend Staatsexamen als solothurnische Fürsprech und Notarin, 1991 bis 1995 juristische Sekretärin im Rechtsdienst des Baudepartemen-

tes des Kantons Solothurn, seit 1996 Partnerin in einem Anwaltsbüro in Solothurn, seit 1995 nebenamtliche Richterin am Kassationsgericht des Kantons Solothurn.

1984 bis 1991 Zivilstandsbeamtin in Hochwald, seit 1993 Gemeinderätin in Hochwald mit den Ressorts Bau/Planung, Land- und Forstwirtschaft.

Präsidentin der Arbeitsgruppe Leitbild Hochwald sowie der Ortsplanungskommission. Seit 4 Jahren

GESELLSCHAFT **○** Was machen Prominente, bevor sie solche wurden?

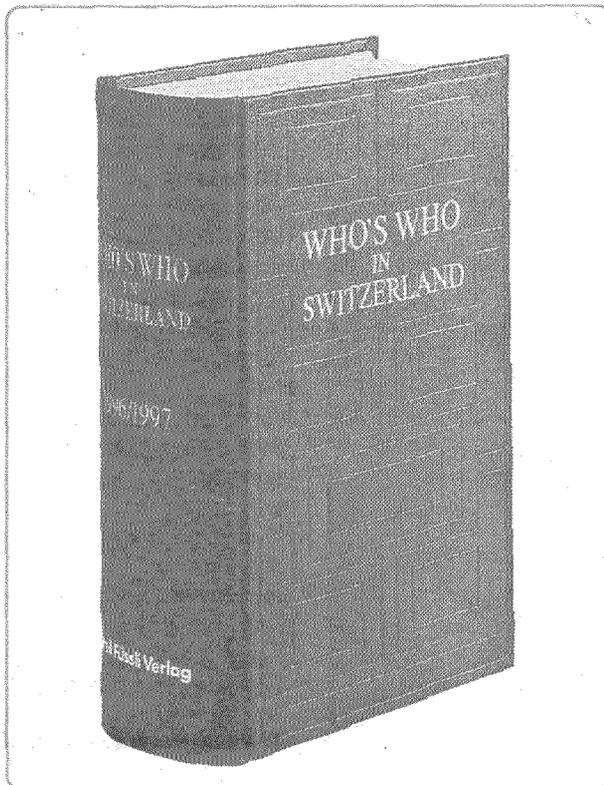
Who's Who in Switzerland

Womit handelte Walter Fust, bevor er Jelmoli kaufte? Was machte Erich von Däniken, bevor er sich an die Zukunft erinnerte? Mit welchen Kollegen brainstormte Mario Botta? Wie jobbte sich Helmut Maucher an die Nestlé-Spitze? Wann besiegte Elisabeth Blunschy-Steiner die Männervorherrschaft im Nationalrat? Wo lernte der junge Christoph Blocher Europa kennen? Welche Hobbies verleihen Hans-Peter Danuser neue «Top of the World»-Ideen? wo lernte Hans Erni malen?

Diese und weitere Antworten über rund 2800 prominente Zeitgenossen finden sie im «Who's Who in Switzerland 1996/1997». Es erschien Ende 1996 erstmals im Zürcher Orell Füss-

li Verlag und ist das einzige Nachschlagewerk über prominente lebende Persönlichkeiten in und aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, und zwar in englischer Sprache. Auf 650 Seiten werden 2800 aktuelle Biographien mit Name, Vorname, Geburtsdatum, Zivilstand, Ausbildung, Karrierestationen, Mitgliedschaften, Hobbies, Kunst- und wissenschaftlichen Werken vorgestellt. Mehrheitlich sind auch die Adressen dieser VIP aus Kultur, Bildung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angegeben.

«Who's Who in Switzerland 1996/1997». Orell Füssli Verlag, Zürich 1996, 19. Auflage, 650 Seiten, Fr. 178.-. ISBN 3 280 0226-6, erscheint alle zwei Jahre.



IHR GELD **○** *Steuerratgeber für Hauseigentümer*

Steuern sparen

Der Steuerratgeber des Schweizerischen Hauseigentümergebietes ist in seiner Art einzigartig, weil er sich nicht darauf beschränkt, auf die vielfältigen kantonalen Unterschiede hinzuweisen, sondern sämtliche Unterschiede präzise darstellt, auflistet und tabelliert. Hierzu ein paar Muster.

UNTERHALTSABZÜGE: Die Tabelle enthält alle Pauschalabzüge, je nach Alter des Gebäudes, die Möglichkeiten des Systemwechsels und kantonale Sonderbestimmungen.

GRUNDSTÜCKGEWINNSTEUER: Regelung für natürliche und für juristische Personen, für Liegenschaften des Privatvermögens und des Ge-

schäftsvermögens, gewerbmässige Grundstückgewinne und geschäftliche Grundstückgewinne.

ERBSCHAFTSSTEUER: Steuersätze für alle Kantone für Erbschaften von Fr. 20 000, 50 000, 100 000 oder 500 000, für Erbfälle an Kinder, Ehegatten mit Kindern, Geschwister, Neffen und Nichten, Onkel und Tanten und schliesslich auch für Nichtverwandte.

SÄULE 3A: Höhe der kantonalen Steuer beim Bezug der Vorsorgegelder.

BAUKREDITZINSEN: Bundessteuer und kantonale Regelung betreffend Schuldzinsen, Anlagekosten, Wahlrechte.

In weiteren Tabellen wird dargestellt, wo und

wann die Kantone die Grundstückgewinnsteuern bei langfristig erzielten Gewinnen reduzieren oder bei kurzfristigen Gewinnen Zuschläge erheben, ob und wann es Steueraufschub gibt oder Steuerbefreiun-

gen. Aus weiteren Tabellen können Sie ablesen, wieviel Grundstückgewinnsteuer Sie in ihrem Kanton zu zahlen hätten bei Gewinnen von Fr. 10 000, 20 000, 50 000, 100 000 oder für höhere Beträge.

Steuerratgeber für Hauseigentümer à Fr. 165.-. Preis inkl. MWST, zuzüglich Versandkosten. Im Preis inbegriffen sind telefonische Gratisauskünfte durch den Autor Dr. T. Fischer. Bestellen bei: Schweizerischer Hauseigentümergebiet, Postfach, 8032 Zürich, oder Bestellung per Fax (01) 262 19 10.



Beschaffungswesen

Das Gatt/WTO-Übereinkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen erforderte eine Anpassung des schweizerischen Rechts. Im Rahmen der Gatt-Lex wurde das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB) erlassen und in Kraft gesetzt. Die Kantone haben für die Umsetzung des Übereinkommens ein Konkordat erarbeitet und sind daran, ihre Bestimmungen den Vorgaben anzupassen. Vieles, wie etwa das Präqualifikationsverfahren oder das Rechtsmittelsystem, ist neu. Auch das Binnenmarktgesetz und das Kartellgesetz sind für die Beschaffungsordnung von Bedeutung. Nicht zu vergessen ist Art. 13 des Alpentransit-Beschlusses, zumal es sich bei den Neat-Aufträgen um die ersten unter der neuen Ordnung zu vergebenden Grossaufträge handeln wird.

Zielsetzung des Handbuchs

Das Handbuch zum öffentlichen Beschaffungswesen will einen Überblick über die neue Beschaffungsordnung in der Schweiz vermitteln und auf Fragen hinweisen, die sich in der Praxis stellen. Es richtet sich an die Beschaffungsstellen und an ihre Beauftragten, an die Anbieter, aber auch an Juristen, die sich mit den neuen Bestimmungen befassen müssen.

Das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz. Von Dr. iur. Peter Galli, Rechtsanwalt, Zürich, lic. iur. Daniel Lehmann, Bern, Peter Rechsteiner, Fürsprecher, Bern. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich 1996. Ca. 310 Seiten, broschiert, Fr. 78.- (+ Versandkosten).

STRUKTURWANDEL ◊ *Der alles lähmende Status quo muss überwunden werden*

Politik im Zeitalter der Polarisierung

Die «Arena», die dem Fernsehen DRS am späten Freitagabend hohe Einschaltquoten garantiert, ist ein Abbild des gegenwärtigen Politbetriebes: Über weite Strecken werden statt vertiefte Diskussionen medienwirksame Selbstdarstellungen angeboten, die nicht auf gemeinsame Problemlösungen hinwirken, sondern darauf, den Gesprächspartner mit einfachen Schlagworten lautstark zu übertrumpfen.

Problemlösungsmechanismus von gestern

Die Schweiz, verschont von zwei Weltkriegen, konnte im ausgehenden Jahrhundert alle Mittel zur Mehrung ihres Wohlstandes einsetzen. In der direkten Demokratie hiess das:

Schritt ins Ausland getan haben, heute blühen, darbt ein erheblicher Teil der Binnenwirtschaft. Hier gibt es wichtige Bereiche, die ohne staatliche Hilfe nicht mehr existieren können. Man denke nicht nur an die Landwirtschaft und an das unbezahlbar gewordene

nen Vorhangs. Im grösseren Ganzen bekamen wir dann aber unsere Achillesferse der viel zu hohen Lebenshaltungskosten zu spüren. Es ist menschlich, diese Schwäche zu verdrängen und die Fehler anderen zuzuschreiben. Statt den schmerzhaften Prozess der Strukturbereinigung konsequent auszulösen, wurden bisher vorwiegend Abwehr- und Ablenkungsstrategien entwickelt – und in polarisierender Sprache lanciert:

So rühmen wir uns immer noch unserer relativ tiefen Arbeitslosigkeit. Dabei wird aber vergessen, dass

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

CHRISTIAN KAUTER,
GENERALSEKRETÄR DER
FDP DER SCHWEIZ

Dabei liegt die Ära der lösungsorientierten Konsenspolitik, die unserem Land seit den späten 50er Jahren eine nie gesehene Wirtschaftsblüte bescherte, nicht weit zurück. Bis in die späten 80er Jahre hatten die Parteien mit dem Vorwurf zu leben, ihre Programme und Rezepte seien einander zum Verwechseln ähnlich. Nur Kleinstgruppen hofften mit polarisierenden Aussagen auf Registrierung in den Medien.

Die Revolution von 1989

Die Revolution von 1989 hat die Welt in ähnlicher Weise verändert wie 200 Jahre zuvor die Französische. Zwar lief der Umsturz diesmal nahezu unblutig ab und benötigte weniger Tränengas als die letzte Bauerndemo auf dem Bundesplatz. Der Umsturz entfaltet dafür eine um so nachhaltigere Wirkung.

Revolutionen richten sich gegen die Besitzenden. Und das sind die Bewohner der Industrieländer – nicht zuletzt der Schweiz. Wir können den Herausforderungen, welche die neu auf die Weltmärkte drängenden Volkswirtschaften an uns herantragen, nur begegnen, wenn es uns gelingt, mit der



Christian Kauter: «Wir müssen uns zusammenraufen.»

(Photo ruti)

Dynamik unserer neuen Konkurrenten Schritt zu halten.

Wir sahen, was auf den Strassen der östlichen Hauptstädte ablief, und bemerkten nicht, dass diese liberale und demokratische Eruption zwangsläufig auch in jenen Industriestaaten Wirkung zeigen musste, die sich im Vertrauen auf John Meynard Keynes von den liberalen Wurzeln des 19. Jahrhunderts zu weit entfernt haben. Heute registrieren wir Arbeitslosigkeit, steigende Krankenkassenprämien und den ausbleibenden Teuerungsausgleich. Aber die Mehrheit leugnet die Ursachen.

Alle am Erfolg teilhaben lassen.

Dabei entfernte man sich immer mehr von einer verantwortungsvollen, längerfristig tragbaren Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Da wurden zunehmend Mittel dafür verwendet, ganze Volksteile vor der Unannehmlichkeit des Sich-umstellen-Müssens zu bewahren. Der Staat wurde zum Vormund seiner Bürger, schwächte damit die Selbstverantwortung und das Vertrauen auf die eigene Handlungs- und Durchsetzungstätigkeit.

Die Revolution von 1989 entlarvt das: Während die Firmen, welche den

Gesundheitswesen! Wenn Gewerkschaften und Branchenverbände einen «Investitionsbonus» fordern, so meinen sie Erhaltung veralteter Strukturen. Natürlich nennen sie das schönfärbisch «Bekämpfung der Arbeitslosigkeit». Geflissentlich wird dabei übergangen, dass der 1994 beschlossene Investitionsbonus keine nachhaltige Wirkung erzielte und selbst die kurzfristigen Folgen bei der Arbeitslosigkeit sehr umstritten sind.

Reflexe statt Problemlösungen

1989 feierte auch die Schweiz den Fall des Eis-

ZUM THEMA

Die Revolution von 1989 hat die Welt in ähnlicher Weise verändert wie 200 Jahre zuvor die Französische. Zwar lief der Umsturz diesmal nahezu unblutig ab und benötigte weniger Tränengas als die letzte Bauerndemo auf dem Bundesplatz. Der Umsturz entfaltet dafür eine um so nachhaltigere Wirkung.

Während die Firmen, welche den Schritt ins Ausland getan haben, heute blühen, darbt ein erheblicher Teil der Binnenwirtschaft.

Wenn Gewerkschaften und Branchenverbände einen «Investitionsbonus» fordern, so meinen sie Erhaltung veralteter Strukturen. Natürlich nennen sie das schönfärbisch «Bekämpfung der Arbeitslosigkeit».

Die direkte Demokratie verlangt zwingend Akzeptanz. Während anderswo die Mehrheit nach dem Wahlsieg handeln kann, haben wir unseren Staat zum Zögern verdammt.

wir im Vergleich zum Ausland höhere Zuwachsraten aufweisen. Vor allem aber erheben wir die wahre Zahl der Arbeitslosen nicht. In der Statistik fehlen die Ausgesteuerten. Oder wir schreiben diese invalid, denn das Arztgeheimnis entzieht sich in der IV-Statistik auch dem gerissensten Auge der Rechercheure.

Der enge Raum der Politik

Die Polarisierung kennzeichnet die ganze heutige Gesellschaft: Schule, Kirche, Kultur, Sport, Mode, Freizeit usw. In der Politik aber ist sie verheerend. Denn da genügt es nicht, wenn kluge Köpfe in ihren Studierzimmern Therapien aushecken. Die direkte Demokratie verlangt zwingend Akzeptanz. Während anderswo die Mehrheit nach dem Wahlsieg handeln kann, haben wir unseren Staat zum Zögern verdammt: Zustimmung des Volkes (in Verfassungsfragen auch der Kantone) zu jedem einigermaßen bedeutenden Entscheid; weitgefassete Konsultationspflicht der Wirtschafts- und Sozialpartner vor der Überweisung ans Parlament; vielfältige Verflechtung der Kompetenzen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

In Wachstumsphasen erkaufte man sich die Zustimmung allfällig Benachteiligter mit finanziellen Konzessionen. In der Rezession aber fehlt das Geld zum Abfedern von Nachteilen: Plötzlich gibt es sichtbare Verlierer, die sich gegen Änderungen zur Wehr setzen. Handeln in der Rezession wird damit für die Politik, die es allen recht machen will, zur Quadratur des Zirkels.

Die Polarisierung ist ein willkommenes Vehikel, um jede Veränderung abzublocken. Man nimmt mit leicht einprägsamen Formulierungen Extrempositionen ein und beharrt darauf. Damit kann man unter

Umständen verhindern, dass diskutierbare Ideen überhaupt auf den Tisch kommen. Und wenn sie dann auf den Tisch gelangen, diskutiert man über die Urheber und stempelt sie (wie im Falle der Weissbuch-Autoren) zu Gegnern des Allgemeinwohls und hält an den eigenen Mentalforderungen fest, versucht den politischen Gegner zu zermürben, statt im Interesse der Allgemeinheit langfristig tragbare Lösungen auszuhandeln.

Wie weiter?

Nach dem Nein steht die christliche und unchristliche Linke mit leeren Händen da – und möchte dem Volk mit einer Konjunkturspritze ein Schlafmittel injizieren. Dass damit unser überschuldeter Staatshaushalt weiter belastet und die Wettbewerbsposition des Landes zusätzlich geschwächt wird, wird in Kauf genommen. Die kontraproduktive Wirkung dieser Übel ist leicht absehbar: Sie

schwung hindert. Die wohl grösste Herausforderung für die Politik ergibt sich aus der Erkenntnis, dass wir nicht mehr mit stetig wachsendem Wohlstand rechnen können, so wie das während 50 Jahren seit dem Kriegsende der Fall war. Deshalb muss ihr Wirken darauf ausgerichtet sein, neue Gleichgewichte zu finden, was ohne schmerzhaftes Einschnitten in das Bestehende nicht möglich sein wird. Das wiederum führt zu einer eigentlichen Bela-

und Parlament. Sie müssen sich zusammenraufen und sich rasch auf einen Pakt einigen, der in der Sondersession im April des nächsten Jahres verabschiedet wird. Realisierung einer vernünftigen Neat, Einigung beim Landverkehr und damit ein Durchbruch bei den bilateralen Verhandlungen, Konsolidierung der Sozialleistungen, Sanierung der Bundesfinanzen sowie Vorziehen von Investitionsprojekten und rasche Umsetzung der Unternehmenssteuerreform sind Eckpfeiler eines solchen Pakts.

Nicht Polarisierung ist angesagt, sondern der gemeinsame Wille, in den für die Zukunft der Schweiz zentralen Politikbereichen endlich den lähmenden Status quo zu überwinden. ■



Publikumsrenner «Arena» von SF DRS: Sinnbild der Polarisierung in der schweizerischen Politik. (Photo key)

Unter diesen Voraussetzungen werden notwendige Reformen schwierig. Die Auseinandersetzung um das Arbeitsgesetz hat das deutlich gezeigt. Es wäre die Grundlage für neue Arbeitsplätze von Frauen gewesen. Weil es aber von einer Gruppe ein kleines Opfer forderte, wurde es zum Gegenstand von klassenkämpferischer Polemik. Damit wurde eine vertiefte Diskussion über die schwierige Aufgabe der wirtschaftlichen Selbstbehauptung unseres Landes im scharfen internationalen Wettbewerb verhindert.

hemmt und verhindert die durch den wirtschaftlichen Druck langsam in Fahrt kommende Erneuerung der veralteten Binnenwirtschaftsstrukturen.

Dass sie sogar aus Kreisen der Wirtschaft befürwortet wird, zeigt eine andere Seite der Polarisierung: Es ist längst nicht mehr so, dass in Wirtschaftsfragen mit einer Zunge geredet wird. Vielmehr wird jedes in der Hochkonjunktur geborene Privileg hartnäckig verteidigt, obschon die Bevorzugung Einzelner zulasten der Allgemeinheit des Landes insgesamt am Wiederauf-

stungssprobe für unsere Konkordanzdemokratie. Nur wenn es gelingt, gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden, wird die Konkordanzdemokratie zu ihrer alten Stärke zurückfinden.

Dabei steht fest: Es gibt keinen anderen Weg als die Erneuerung der Strukturen. Denn wir leben nun einmal in diesem Staat, und wir haben keinen anderen. Nicht resigniertes Abseitsstehen (wie von zu vielen praktiziert) ist gefragt, sondern steter Einsatz ist nötig – auch wenn es anstrengend und oft sehr undankbar ist. Gefordert sind Bundesrat

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
 Einzelnummer Fr. 2.–
 Jahresabonnement Fr. 20.–

AUFSCHWUNG ◉ Suche nach dem Weg aus der Krise

Aufschwung dank Investitionsspritzen?

Zum Abschluss des vergangenen Jahres geriet die Landesregierung in Hektik. Am Montag seiner letzten Arbeitswoche hielt der Bundesrat ein «Spitzengespräch» mit den Parteien ab, auf Dienstag hatte er die Funktionäre von Ar-

beitgeberverbänden und Gewerkschaften zu «Sozialgipfeln» eingeladen, und am Mittwoch stellte er das Resultat seiner Konsultationen – ein Ankurbelungsprogramm – in Aussicht.

FDP-NATIONALRAT
OSCAR FRITSCHI,
WETZIKON



Danach sollen 500 bis 700 Millionen Franken als Investitions-

spritze locker gemacht werden, welche vorab dem Unterhalt öffentlicher Infrastrukturbauten zugute kommen sollen. Von solchem Tun verspricht sich der Bundesrat Impulse für einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Was ist von dieser Absicht zu halten?

Struktur-, nicht Konjunkturprobleme

Zugegeben: Zwischen dem vom Nationalrat beschlossenen Investitionsbonus und dem geplanten Investitionsprogramm des Bundesrates ist zu unterscheiden. Investitionsbonus bedeutet nichts anderes, als dass der Bundesrat Investitionen von Kanton und Gemeinden oder auch von Privaten in irgendeiner Form subventionieren soll. Nach gemachten Erfahrungen führt das mit Vorliebe zum Bau schlecht besuchter Hallenbäder und luxuriöser ausgestatteter Werkhöfe, deren Bedürfnis jeweils nicht über alle Zweifel ausgewiesen ist...

Ein Programm, das aufgeschobene Unterhaltsarbeiten vorziehen will, macht demgegenüber mehr

Sinn, zumal angesichts der Finanzmisere die öffentliche Hand eine Tendenz zeigt, in diesem Bereich bis zur Kontraproduktivität zu sparen.

Umgekehrt treffen die beiden Haupteinwände gegen den Investitionsbonus auch auf das Investitionsprogramm zu. Der eine geht

Absturz nur um so brutaler ausfallen liesse.

Das andere Gegenargument ist genereller Art. Unsere Wirtschaft leidet zwar unter der lahmen Konjunktur, doch weit mehr machen ihr Strukturprobleme zu schaffen. Den Strukturwandel abzufedern – hierfür leistet ein auf kurzfri-



Die Schweiz im sechsten Rezessionsjahr: Es mangelt an offenen Stellen...

dahin, dass nur ein enger Teilbereich der Wirtschaft angekurbelt würde: die Bauwirtschaft. Zudem widerspräche eine sektorielle Bevorzugung der Baubranche den Prioritäten, nachdem Bundesrat Delamuraz die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft zum wichtigsten Kriterium erklärt hat.

Überdies wäre die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass staatliche Impulse zugunsten der unter überdimensionierten Kapazitäten leidenden Bauindustrie zu einem bloss vorübergehenden Aufflackern der Branche führen würden, was den darauffolgenden

stige, konjunkturelle Impulse ausgerichtetes Geldverteilungsprogramm indessen keinen Beitrag.

Im Widerspruch zum Ziel der Haushaltssanierung

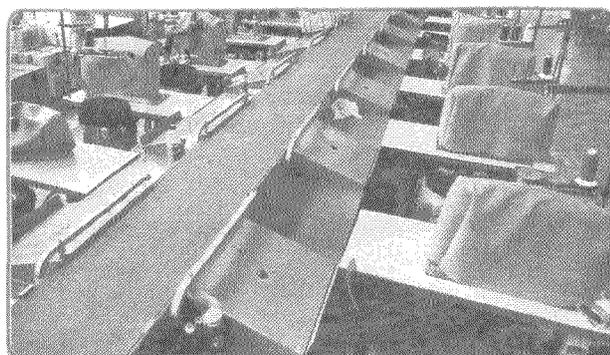
Dazu kommt, dass Konjunkturspritzen wie die Faust aufs Auge zum übergeordneten Legislaturziel passen, das sich der Bundesrat selber gesetzt hat: der Haushaltssanierung. Während der Budgetdebatte jeden Franken hin und her zu wenden und in der Woche darauf 500 oder 700 Millionen Franken in der Bundeskasse nicht vorhandene Franken für ein Vorhaben vorzusehen, das allenfalls

populistischen Beifall, nicht aber eine dauerhafte Lösung erwarten lässt, das ist das Gegenteil von konsistenter Politik.

Das Hüft und Hott wirkt um so befremdlicher, als die Sanierung der maroden Bundesfinanzen keineswegs blosser Selbstzweck darstellt. Solange die öffentlichen Haushalte rote Zahlen schreiben, besteht latent die Tendenz, an der Steuerschraube zu drehen. An der Gesundung des Bundesfinanzhaushaltes hat deshalb die Wirtschaft ein wesentlich grösseres Interesse als am Strohfeder einer kurzlebigen Finanzspritze.

Fataler Machbarkeitsglaube

Das Fatale am ebenso hektischen wie ziellosen wirtschaftspolitischen Aktivismus ist indessen der Irrglaube, dass mit staatlichen Interventionen der Wirtschaft auf die Sprünge geholfen werden könne. Und am fatalsten mutet an, wie leichtthin selbst bürgerliche Kreise bereit sind, ihre ord-



... und so manche Produktionsstrasse steht still. (Photos key)

nungspolitischen Vorstellungen über Bord zu werfen, sobald sich in der öffentlichen Meinung genügend Druck aufgebaut hat, es müsse nun um Himmels willen endlich etwas ge-

ZUM THEMA

Den Strukturwandel abzufedern – hierfür leistet ein auf kurzfristige, konjunkturelle Impulse ausgerichtetes Geldverteilungsprogramm keinen Beitrag.

Während der Budgetdebatte jeden Franken hin und her zu wenden und in der Woche darauf 500 oder 700 Millionen Franken in der Bundeskasse nicht vorhandene Franken für ein Vorhaben vorzusehen, das allenfalls populistischen Beifall, nicht aber eine dauerhafte Lösung erwarten lässt, das ist das Gegenteil von konsistenter Politik.

schehen. Die liberale Vorstellung von Wirtschaftspolitik, wonach der Staat mit günstigen Rahmenbedingungen der Wirtschaft gute Voraussetzungen zu bieten habe, damit diese sich selber entfalten könne, dass aber die öffentliche Hand sich direkter Eingriffe ins Wirtschaftsleben tunlichst enthalten solle, darf nicht zur Schönwetterphilosophie verkommen. Wer in Zeiten der Konjunkturblüte jedem Gedanken an staatliche Interventionen eine vehemente Absage erteilt, bei

garstigem Wirtschaftsklima aber rasch in den Chor jener einstimmt, welche Heil und Hilfe vom Staat erwarten, wird eher über kürzere als längere Frist unglaubwürdig. ■

FDP-PRESSECHIEF ◉ Ein neues Gesicht

Auf MRS folgt GUS

MRS/GUS. – Auf den 1. Februar übernimmt der 25jährige Guido Schommer die Aufgabe des Pressechefs der FDP Schweiz. Schommer stammt aus Teufen im Kanton Appenzell Ausserrhoden, wo er auch die Schulen besuchte und die Matura machte. 1996 schloss er sein betriebswirtschaftliches Studium an der Universität St.Gallen HSG als lic. oec. ab. Bereits im Wahljahr 1995 verstärkte er das Generalsekretariat der FDP Schweiz während eines halben Jahres. In seinem Heimatkanton ist er Mitglied der Parteileitung der kantonalen FDP.

Mit der heutigen Ausgabe des «Freisinns» verabschiedet sich der bisherige FDP-Pressechef Markus R. Seiler von Ihnen, der als Referent in den Controlling-Stab von Bundesrat Kaspar Villiger wechselt. Gegenüber dem politischen Gegner pflegte er ab und zu einen relativ harten Ton, aber stets eine faire Gangart.

In seine Amtsperiode fiel auch die Auffrischung des «Freisinns» und die Neukonzeption des freisinnigen Pressedienstes. Seiler dankt Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für das entgegengebrachte Vertrauen und Interesse.

Zu den Aufgaben des Pressechefs der FDP gehören neben der Redaktion des «Freisinns» und des Pressedienstes die Kontakte zur Presse, das Abfassen und Verbreiten von Stellungnahmen der Partei, die Kommunikation der Fraktionsbeschlüsse, die Begleitung des freisinnigen Presseverbands und das Sekretariat des Ausschusses für Medienpolitik.



Von Markus R. Seiler ...



... zu Guido Schommer.

Die Ortsparteipräsidenten-Konferenz

(ursprünglicher Termin
8. Februar 1997)
muss auf

September 1997

verschoben werden.

Zum neuen Jahr



Christine Beerli

anschliessend auch durchzusetzen.

Es versteht sich von selbst, dass man nicht mit einem Kompromiss in die Verhandlungen einsteigt – es ist jedoch gut, mit einer allseits anerkannten Lösung aus den Verhandlungen herauszukommen. Denn derjenige, der den Kompromiss sieht, ist ein positiver Veränderer. Derjenige, der ihn verweigert, ist ein Bremser oder ein Umstürzler und beide sind für die gesunde Entwicklung unserer Gesellschaft schädlich.

■ Die Bereitschaft, Verantwortung für sich selbst und für andere zu tragen. Selbstverantwortung und gesellschaftliche, soziale Verantwortung gehören untrennbar zusammen.

■ Und schliesslich wünsche ich mir und Ihnen etwas mehr Lebensfreude, eine Prise Optimismus und die Fähigkeit, sich trotz allem an den kleinen Dingen des Lebens zu freuen – einer blühenden Amaryllis auf dem Fensterbrett, einem guten Gespräch mit Freunden, einem knisternden Feuer im Kamin.

*Christine Beerli,
Ständerätin,
Fraktionspräsidentin*

1996 war ein schwieriges Jahr für unser Land, die Wirtschaft, für uns alle. 1997 verspricht nicht viel einfacher zu werden. Was sind die Eigenschaften, die man in Zeiten der Herausforderung am dringendsten benötigt?

Ich wünsche mir für 1997

■ eine mutige Schweiz, die sich dem Wettbewerb stellt, sich öffnet und selbstbewusst auf ihre Kräfte vertraut.

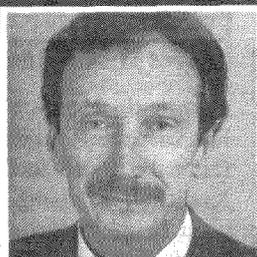
■ Gesprächsbereitschaft und Dialogfähigkeit – zwischen den Sprachgemeinschaften, den Sozialpartnern, den Generationen, kurz allen an der Zukunft dieses Landes und dieser Gesellschaft Interessierten.

■ Die Fähigkeit, Kompromisse auszuhandeln und

Gentechnologie

ist für viele Menschen eine Hoffnung. Die Erforschung von Krankheiten wie Alzheimer, Multiple Sklerose, Aids und Krebs wäre ohne Gentechnologie undenkbar. Können wir da auf Genforschung verzichten?

Rolf Zinkernagel
Prof. Dr. med.
Universität Zürich



Persönlichkeiten für eine sinnvolle Bio- und Gentechnologie



Postfach 6276, 3001 Bern
PC 70-105933-9

Ich wünsche weitere Informationen zur Gentechnologie

12

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Einsenden an: forumGEN, Postfach 6276, 3001 Bern

JUNGFREISINNIGE

Mit Organ-spenden Leben retten

Den vorgeschlagenen BV-Artikel über die Transplantationsmedizin und die Vernehmlassungsantwort der Parteien und Interessentenorganisationen erachten die Jungfreisinnigen Schweiz als mutlos. Ein Organspender in der Schweiz ist jene Person, welche einen schriftlichen Organspenderausweis auf sich trägt (z.B. im Portemonnaie). Das ist leider bis jetzt nur bei einem geringen Teil unserer Bevölkerung der Fall. Am 1. Januar 1996 warteten 501 Personen auf ein geeignetes Organ, und 1995 starben 39 Personen, weil kein Organ verfügbar war. Es wird damit deutlich, dass in der heutigen Situation die hohe Nachfrage nach Organspenden nicht erfüllt werden kann! Menschen sterben, weil nicht genügend Organe zur Transplantation zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund schlagen wir Jungfreisinnigen Schweiz vor:

■ Der Bund erstellt, in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern, eine Liste mit den Namen derjenigen Personen, welche bereit sind, im Falle ihres Todes, die noch gesunden Organe zu spenden.

■ Es werden neue gesetzliche Massnahmen eingeführt, welche für Spender konkrete Vorteile vorsehen. Zum Beispiel: Personen, welche einen Organspenderausweis besitzen oder in eine offizielle Organspendenliste eingetragen sind, werden bei Eigenbedarf einer Organspende bevorzugt behandelt. Dies gegenüber solchen Personen, welche weder einen Spendeausweis besitzen noch in eine entsprechende Liste eingetragen sind. Die Einführung dieser und anderer nicht finanzieller Vorteile der

Spendewilligen gegenüber den sogenannten Nicht-Spendern wird unseres Erachtens eine Zunahme an Organspendewilligen bewirken.

■ Man sollte die Möglichkeit prüfen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ohne gegenteilige Meldung an eine offizielle Stelle als Organspenderinnen und -spender gelten.

Der Bund hat einen neuen Verfassungsartikel zur Organtransplantation in die Vernehmlassung geschickt. Die Jungfreisinnigen Schweiz begrüssen das Prinzip, dass Organe, Gewebe und Zellen unentgeltlich abgegeben werden müssen. Wir sind aber der Meinung, dass ebenfalls schon auf Verfassungsebene konkrete Massnahmen zur unentgeltlichen Organspendeforderung aufgeführt werden müssen.

Welche Energiepolitik?

Die schweizerische Energiepolitik beschäftigte die Jungfreisinnigen Schweiz an ihrem ausserordentlichen Kongress in Zürich. An einer von über 60 Personen besuchten Podiumsdiskussion liessen sich die Jungfreisinnigen aus erster Hand über die Problematik informieren. Während sich der Präsident der Energiekommission der ICC, Michael Kohn, für eine Versachlichung und Entideologisierung der Energiepolitik einsetzte und sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft stark machte, stand für SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner, Initiant der Solar- und der Energie-Umwelt-Initiative, eine Verteuerung der Energie im Vordergrund, um der anhaltenden Verschwendung Einhalt zu gebieten. Stadtrat Thomas Wagner, Vorsteher der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich, wies darauf hin, dass in der Stadt Zürich seit Jahren eine

vernünftige Energiepolitik betrieben werde. Der Jungfreisinnige Alexander Jäger mchte sich für wieder erneuerbare Energien stark. Die Forschung dürfe aber auch auf dem Gebiet der Kernenergie nicht vernachlässigt werden, weil sonst die Gefahr bestehe, dass das Know-how ins Ausland abwandere.

In der darauf anschliessenden Diskussion sprachen sich die Jungfreisinnigen für den Weiterbetrieb der bestehenden fünf Atomkraftwerke in der Schweiz aus. Ein Neubau eines AKW stehe in den nächsten 10-15 Jahren nicht zur Diskussion. Die Energiepolitik sei auf den drei Säulen Sparen - Forschen - Diversifikation weiterzuführen. Die Jungfreisinnigen bestätigten auch ihre Unterstützung für die Solar- und die Energie-Umwelt-Initiative. ■

JAHRESTERMINKALENDER 1997

MÄRZ

- 3.-21. Frühjahrsession
6. Geschäftsleitung

APRIL

11. Regierungsräte-Gespräche
17. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
18. Fraktionssitzung / Delegiertenrat
18./19. o. Delegiertenversammlung
25. Sondersession

MAI

- 23./24. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

JUNI

- 2.-20. Sommersession
5. Geschäftsleitung
8. Eidgenössische Abstimmung
11. Fraktionsausflug

Prof. Back stützt Ihre Wirbelsäule und beugt Ihren Rückenschmerzen vor.



Stets die richtige Haltung – im Auto, im Büro, zu Hause, auf Reisen, und...

Wie oft muss sich unsere Wirbelsäule mit orthopädisch unzureichenden Sitzgelegenheiten abfinden.

Mit Prof. Back Rückenstütze sitzen Sie ganz automatisch richtig – gelöst und ermüdungsfrei.

Einfach zwischen Sitz und Rückenlehne gestellt, stützt Prof. Back Ihre Lendenwirbel und sorgt so für die richtige, aufrechte Haltung.

Sie sitzen völlig entspannt, auch nach Stunden. Den Neigungswinkel des Kissens können Sie individuell, vierfach verstellen.

So haben Sie stets die richtige, entspannte Haltung.

...verzichten Sie jetzt nicht mehr länger und bestellen Sie noch heute.

1 Stück Prof. Back zu Fr. 39.-

2 Stück Prof. Back zu Fr. 70.- plus Versandkostenanteil

Name: _____

Adresse: _____

Ort: _____



h+r TRADING AG, Südstrasse 8a, CH-3110 Münsingen
Telefon 031 721 88 11, Fax 031 721 88 33

FDP 1/97

Kein Januarloch bei der FDP: Bekehnen Sie auch 1997 Farbe!



TALON

Ich bestelle: FDP-Accessoires

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel		à Fr.
—	1001	FDP-Foulard	1	50.–
—	1002	Doppelschirm	2	30.–
—	1003	Holzschirm		35.–
—	1004	Sportschirm		30.–
—	1005	Windblouson, ___ S, ___ M	3	5.–
—	1008	Krawatte new look	4	40.–
—	1009	Krawatte classic		40.–
—	1010	Portefeuille mit Agenda	5	44.–
—	1015	Anstecknadel FDP	6	1.–
—	1016	Konferenzmappe, Leder	7	40.–

Streuwerbmittel

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel		à Fr.
—	2003	FDP-Lunches, 5 kg	8	130.–
—	2003	FDP-Lunches, 1 kg-Packung		28.–
—	2001	FDP-Jubiläums-Pin	9	5.–
—	2001	PRD-Pin		5.–
—	2001	PLR-Pin		5.–
—	2002	Feuerzeuge (12er-Packung)	10	20.–
—	2004	Zündholzschachteln (10er-Packung)	11	2.–
—	2005	Bonbons, zuckerfrei (500 St.)	12	32.–
—	2006	Ballone (100er-Packung)	13	32.–
—	2007	Sonnenhut (12 St.)		10.–
—	2008	Schreibblock A4 (30er-Packung)	14	15.–
—	2009	Schreibblock A5 (30er-Packung)		10.–
—	2010	FDP-Mütze	15	12.–
—	2011	Taxcard FDP	16	4.–
—	2012	Wasserball (12er-Packung)	17	10.–
—	2013	FDP-Tischsets (100er-Packung)	18	15.–
—	2014	FDP-Kugelschreiber	19	–70
—	2015	FDP-Schlüsselanhänger	20	1.20
—	4000	FDP-Kleber rund, 10 cm (200er-Packung)	21	38.–
—	4002	Kleber «Freiheit gewinnt» (500er-Packung)		50.–
—	4004	Minikleber FDP, Rolle à 500 St.		2.–

FDP-Dekormaterial

Anzahl	Art.-Nr.	Artikel		à Fr.
—	4005	Endloskleber FDP/PRD à 20 m	22	25.–
—	4005	Endloskleber FDP à 20 m		25.–
—	7002	Pressemappe FDP	23	1.50
—	7003	Dekorbander, 3 Rollen à 45 m	24	18.–
—	7006	Tischkarten	25	1.50
—	7007	Tischwimpel FDP/PRD		60.–
—	7008	Referentenpultkleber (5er-Packung)	26	30.–
—	7009	Namensschilder FDP/PRD		1.50
—	8000	FDP-Fahne 2.50 x 2.50 m	29	400.–

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellschein einsenden an Generalsekretariat FDP, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

KOLUMNE

Schweigen ist nicht Gold



Den Streichungen in den Kulturbudgets zum Trotz: der Schweizer Film lebt. Die Solothurner Filmtage haben es bestätigt. 120 kürzere und längere Werke von jüngeren und älteren Regisseurinnen und Regisseuren sind den Beweis nicht schuldig geblieben, dass auch unter finanziell erschwerten Bedingungen eine gestalterische und thematische Vielfalt gelingt.

Allerdings: aussergewöhnliche oder gar brillante Filme, die das Kinopublikum in den nächsten Wochen und Monaten mitreisen werden, waren keine zu sehen. Und nur ausnahmsweise sichtbar wurde die aktuelle Schweiz. *La Suisse n'existait-elle pas?*

Wer in den Katalogen der Frühjahrs-Neuerscheinungen blättert, stellt sich die gleiche Frage. Weder Romane noch Erzählungen kündigen sich an, die sich mit der Isolation unseres Landes, der Arbeitslosig-

keit oder der Kostenexplosion im Gesundheitswesen und den sich daraus ergebenden individuellen und sozialen Sorgen und Spannungen befassen. Die Versuchung liegt nahe, von einer Schweiz zu sprechen, die literarisch nicht oder doch momentan nicht existiert. *L'art pour l'art?*

Das wirkt auffallend gegensätzlich zu den Zeitungen und Zeitschriften, zu Radio und Fernsehen, die sich journalistisch ausführlich mit den drückenden Gegenwartsproblemen auseinandersetzen. Sie werden nicht nur in ereignisbezogenen Tagesmeldungen berücksichtigt, sondern in den Hintergründen und Zu-

sammenhängen ausgeleuchtet. Die Reflexionsmedien Film und Buch dagegen weichen der vertiefenden Darstellung der Aktualität aus und sehen sich nicht veranlasst, sie mit gedanklicher Schärfe zu durchdringen und die Ursachen der gesellschaftlichen Prägung freizulegen. Die kinematographisch und literarisch tätigen Intellektuellen verhalten sich zu den politischen Angelegenheiten stumm und still.

Das wird zum eigenen Politikum. In den Diskussionen fehlen wichtige kritische Stimmen. Der schweigenden Mehrheit steht ausgerechnet jene Minderheit schweigend ge-

genüber, deren Berufung es sein müsste, sich kreativ einzumischen und für geistige Bewegung zu sorgen. Die Abwendung der Kultur von der öffentlichen Sache ist ein Alarmsignal. Wenn sich nach der Wirtschaft auch die Kultur aus der politischen Debatte herausnimmt, dann droht der Politik ihrerseits das *l'art pour l'art*. In der fehlenden Brisanz im Programm der Solothurner Filmtage und in den Neuerscheinungskatalogen steckt bei näherer Betrachtung einiger Zündstoff.

Alex Bänninger, Publizist, Präsident des Freisinnigen Presseverbandes der Schweiz, Zürich

KOLUMNE

Das verlorene Mass



Es herrscht weiterhin eine dumpfe Stimmung des Unbehagens und der Unzufriedenheit, nicht zuletzt auch im politischen Bereich. Der rasche und harte Strukturwandel in der Wirtschaft hinterlässt zahlreiche soziale Wunden, die nicht nur auf das Konsumklima drücken. Die vermehrte Benützung der Strassendemonstration als politisches Kampfmittel – in ganz Europa – ist Ausdruck einer Verschärfung der Konflikte.

Die Hektik der wirtschaftlichen Ereignisse hat sich auf die Politik übertragen, die – an sich träger in den Entscheidungsabläufen – mit ihrem Gesetzgebungs- und Massnahmenapparat noch mehr ins Hintertreffen gerät. Die Folge ist nicht selten, dass neue Lösungen zuwenig durchdacht und in ihren Konsequenzen bedacht sind oder dass Überreaktionen auf öffentliche Kritik erfolgen.

Die Vorgänge und die Pannen im Militärdepartement und ihre «Bewältigung» können als Beispiele für solche Unzulänglichkeiten dienen. Aber auch die langwierigen und widersprüchlichen Diskussionen um das Krankenversicherungsgesetz und seine Anwendung lassen jede souveräne politische Führung vermissen.

Diskussion und Auseinandersetzung um die Neat ist schon seit längerem aus dem Ruder gelaufen und wohl nicht leicht wieder unter Kontrolle zu bringen. Die erheblichen Anlaufschwierigkeiten des Bundesrates in der Reaktion auf die massiven Anschuldigungen gegen die Schweiz und ihre Banken wegen ihres Verhaltens gegenüber Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg und bei der Korrektur falscher Behauptungen haben auch nicht das Bild einer starken Landesregierung geprägt.

In einer Zeit der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der starken Finanznöte

bei zahlreichen Unternehmen und bei der öffentlichen Hand ist der Interessenkampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen unterschiedlichen Schichten und Regionen härter geworden – und manchmal besteht auch der Eindruck, dass die Fähigkeit zum Gespräch und zum Suchen nach einvernehmlichen und für alle akzeptablen Lösungen schwindet. Dass wir zudem unter der Boulevardisierung eines Grossteils der Zeitungen und von Radio und Fernsehen leiden, gibt der Hektik und dem Malaise zusätzlichen Auftrieb. Denn die unangenehmen Entscheide, die öfters in Wirtschaft und Politik heute gefällt werden müssen, sind ein «gefundenes Fressen» für Medien, die von der täglichen Sensation leben.

Wenn die Schweiz wieder stärker Tritt fassen soll, so müssen wir aus der Geisteshaltung des «*Sauve-qui-peut*» herauskommen. Das Wohl des Ganzen, das Wohl aller sollte wieder Massstab unseres zielgerichteten Wollens und Handelns werden.

Vor allem sollten wir

uns erneut auf die alte schweizerische Tugend des Masshaltens besinnen – Masshalten in den Erwartungen und in den Forderungen, aber auch bei der Durchsetzung sich aufdrängender Rationalisierungsmassnahmen.

Völlig das Mass verloren zu haben scheinen die schweizerischen Sozialdemokraten, die am Parteitag vom 17. November in Davos einen beträchtlichen Ausbau der Sozialleistungen gefordert haben, finanziert letztlich durch eine Verdreifachung der heutigen Mehrwertsteuer, durch eine nationale Erbschafts-, eine Kapitalgewinn- und eine Energiesteuer.

Heute ist politischer Realitätssinn gefragt – ein Realitätssinn, der nicht von Pessimismus erfüllt ist, sondern auch das Positive im Möglichen sieht und der sich vor allem an einer Realität orientiert, die liberal und human zugleich ist.

Kurt Müller, Meilen

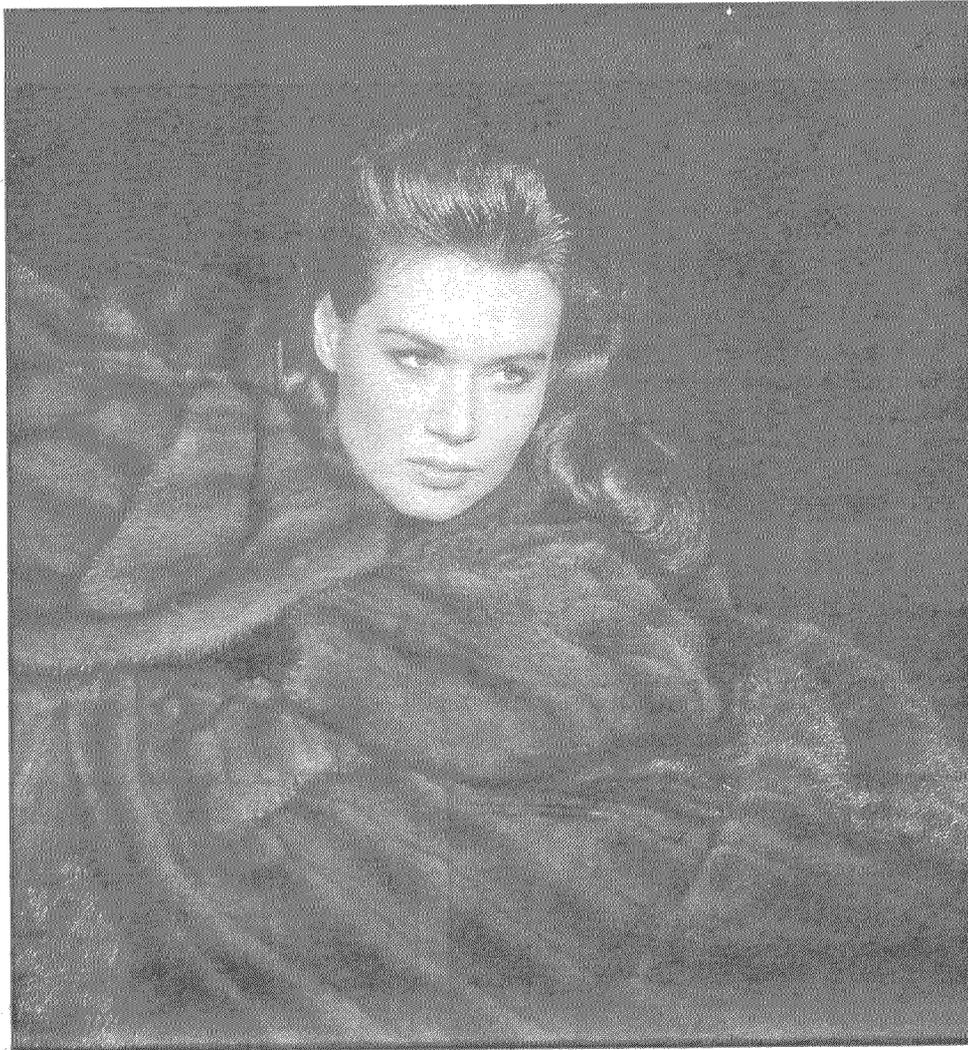
Herzlichen Dank

MRS. Mit dieser Ausgabe des «Freisinn» verabschiedet sich unser langjähriger Kolumnist, alt Nationalrat Kurt Müller, von uns.

Mit seinen Stellungnahmen und Kommentaren zu aktuellen politischen Themen gelang es Kurt Müller regelmässig, den Bogen über verschiedene Ereignisse zu spannen und damit den Blick auf das Wesentliche freizumachen.

Seine pointierte, klare und schnörkellose Sprache machte dabei die Lektüre seiner Kolumne regelmässig zu einem «Muss».

Die Redaktion dankt Kurt Müller für seine stete Mitarbeit und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute. ■



Pelz Helas



Nur um vorwärts-
zukommen, kauft
man kaum einen
Porsche . . .

Nur um die Zeit
zu lesen, braucht
man keine Uhr
von Cartier . . .

Auch einen Pelz
von unserer
Genny-Collection
kauft man nicht
nur, um sich vor
der Kälte zu
schützen . . .!

für Damen mit Fingerspitzengefühl.

*Wir offerieren allen Damen mit Fingerspitzengefühl Zürichs grösste Auswahl
an Pelzmänteln und -Jacken zu bester Qualität und erschwinglichen Preisen.*

Pelz Helas aus Liebe zum Besseren!

Pelz Helas

8001 Zürich
Seidengasse 10
Telefon 01-211 41 45

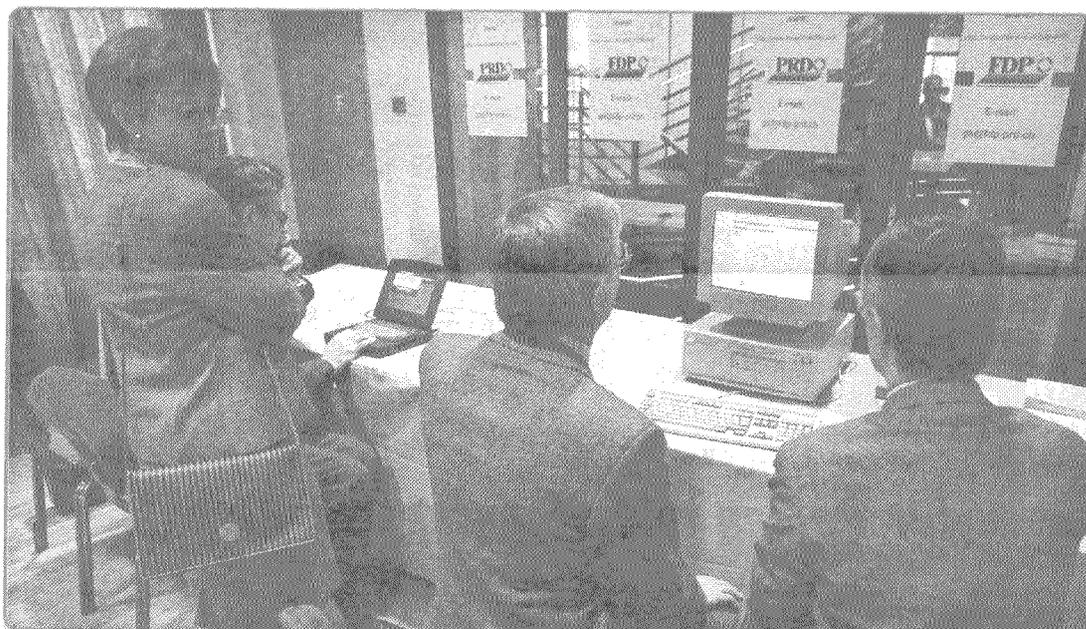
Aus dem Parteileben des Jahres

1996 (2. Teil)

(Photos ruti)



Letzte Lockerung: Silvio Borner, Guido Richterich und Peter Wuffli vor ihrem Auftritt an der FDP-Delegiertenversammlung in Rapperswil.



Surfen mit der FDP: Die Freisinnigen auf Internet. Demo-Stand an der Delegiertenversammlung in Montreux.



Damit es aufwärts geht: Arbeitsgruppen befassen sich in Montreux mit Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.



Dieses Bild hat eine Nase . . . Parteipräsident Franz Steinegger und Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz an der Delegiertenversammlung in Basel.



Es lebe die «Republik Bodanien»: Ernst Mühlemann mit dem Pin der Euregio Bodensee.

UNTERNEHMENSSTEUERN ◊ Eine Reform ist dringend nötig

Wege aus der Wachstumsfalle

Hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist heute, im siebten Rezessionsjahr, eine politische Antwort auf die Frage zu geben, wie wir die fehlende Inlandnachfrage stimulieren können. Dabei verbieten sich Massnahmen, die einseitig auf Ausgabenwachstum abstellen. Es ist aber prüfenswert, ob nicht mit befristeten steuerlichen Massnahmen die Nachfrage nach Investitionsgütern belebt und über die Lohnneinkommen auch die Konsumgüternachfrage stimuliert werden kann.



setzliche Regelungen des ausserrhodischen Steuergesetzes an.

Abschreibungen

Artikel 28 Abs. 2 (Art. 62 Abs. 2) des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) bestimmt, dass Abschreibungen in der Regel nach dem tatsächlichen Wert der einzelnen Vermögensteile zu berechnen sind oder nach ihrer voraussichtlichen Gebrauchsdauer angemessen zu verteilen sind. Diese Bestimmung sollte in dem Sinn geändert werden, dass das Unternehmen selber entscheiden kann, wie das Abschreibungsvolumen über die einzelnen Jahre zu verteilen ist. Es wären dabei folgende Massnahmen vorzusehen:

- Zulassung der Sofortabschreibung im Umfang von mindestens 30 Prozent auf unbeweglichem Anlagevermögen.
- Zulassung der sofortigen Vollabschreibung im Anschaffungsjahr auf beweglichem Anlagevermögen ohne Einmaleralledigungszuschlag.

Rückstellungen

Nach Artikel 29 DBG (Art. 63) sind Rückstellungen nach lit. a bis c als geschäftsmässig begründete Rückstellungen zulässig. Lit. d öffnet den Rückstellungsbegriff und schafft die

Möglichkeit, auch für künftige Forschungs- und Entwicklungsaufträge an Dritte «Rückstellungen» bis zu 10 Prozent zulasten des steuerbaren Geschäftsertrages zu bilden, bis die Rückstellung insgesamt den Umfang von 1 Million Franken erreicht. Es ist zu fragen, ob nicht eine noch stärkere Privilegierung (z.B. 30 Prozent bzw. 5 Millionen Franken) angebracht ist; dies aus folgenden Gründen:

- Es handelt sich um Forschungsaufträge, an der die Schweiz ein besonderes Interesse haben muss.
- Es handelt sich um an Dritte zu vergebende Forschungsaufträge, es werden also weitere Arbeitsplätze erhalten.
- Durch Produktivitätsgewinne induzierte neue Einkommen schaffen zugleich neues Steuersubstrat.

Übertragung von stillen Reserven bei Ersatzbeschaffungen

Artikel 30 DBG Abs. 1 (Art. 64) sieht vor, dass früher auf betriebsnotwendigem Anlagevermögen gebildete Reserven auf das Ersatzobjekt in der Schweiz übertragen werden können. Die Praxis (im Bund) lässt indessen meines Wissens nicht zu, dass diese stillen Reserven auf funktional anderes übertragen werden. Dies führt dazu, dass immer dann, wenn sich eine Unternehmung für eine ganz andere – effizientere – Produktionsfaktorenkombination entscheidet, früher gebildete stille Reserven aufgelöst und als Gewinn versteuert werden müssen.

Eine «Querübertragung» von stillen Reserven respektiert demgegenüber den Entscheidungsspielraum des Unternehmens

und kann Investitionen auslösen.

Diese Änderungsvorschläge für die direkte Bundessteuer könnten durchaus sofort (dringlich) und für eine befristete Zeit (z.B. 3 Jahre) eingeführt werden. Eine befristete Lockerung des DBG erscheint zudem erfolgversprechender als der in der Herbstsession vom Nationalrat beschlossene Investitionsbonus.

Steuerliche Anreize zur Belebung der Investitionstätigkeit haben nämlich den grossen Vorteil, dass die Unternehmungen die richtig erkannten Investitionen tätigen und sie nur indirekt über die Ausnutzung der Abschreibungsmodalitäten Steuereinsparungen tätigen können. Demgegenüber löst ein Investitionsbonus direkt Zahlungen des Bundes aus. ■

DAS LETZTE

«Grosszügiges» Krankschreiben in Frankreich

Ende September sendete das 2. Französische Fernsehen eine Reportage, in der ein Journalist in die Patientenrolle schlüpfte. Er besuchte 20 Pariser Ärzte mit einer in seiner Tasche versteckten Videokamera, um sich krankschreiben zu lassen. Um den heissen Brei wurde nicht lange herumgeredet: Er sei überhaupt nicht krank, liess der Journalist den Arzt wissen, sondern wolle nur einige freie Tage geniessen, weil er seine Arbeit satt habe.

Einem andern Arzt erklärte der Reporter, dass seine Tochter nächste Woche in Argentinien heiraten werde, so dass er eine freie Woche für die Reise benötige. Die verblüffende Antwort des Arztes: «Eine Woche ist für eine solche Reise zu kurz, ich schreibe Sie für zehn Tage krank.» Das Ergebnis der «verdeckten Ermittlung» spricht für sich. Von 20 Ärzten hat sich nur einer geweigert, den «gesunden Patienten» unbegründet krankzuschreiben.

Die restlichen 19 müssen sich jetzt vor mögli-

chen Sanktionen der Krankenkassen und der Ärztekammer fürchten, da die Ausstellung falscher Bescheinigungen oder Krankenscheine strafbar ist. Vermutlich wird aber gar nichts passieren, da Krankfeiern in Frankreich vor allem bei Beamten und Lehrern zum Volkssport geworden ist. Ob man die Wohnung renovieren will, ob die Grossmutter zum Einkaufszentrum gebracht werden muss oder ob die Kinder in der Schule Ärger machen: der Arzt, so glauben viele Franzosen, wird's schon richten.

Vor wenigen Monaten kam eine Studie zu dem Ergebnis, dass Spitzenreiter in Sachen Krankfeiern die Krankenversicherungsbeamten selbst sind. Vor allem in der Pariser Region und in Südfrankreich war die Quote «Abwesenheit wegen Krankheit» so hoch, dass Beratungsstellen statt fünf nur vier oder drei Tage pro Woche geöffnet waren.

(Quelle: «Ärzte-Woche», 1. November 1995)

ABSTIMMUNGSNIEDERLAGEN *Lehren ziehen*

Vermehrte Zusammenarbeit bürgerlicher Frauen

Analysen und Zahlen belegen es seit langem. Immer mehr Frauen nehmen an Abstimmungen teil und sind politisch stärker integriert als Männer. Höchste Zeit also, bisherige Abstimmungskonzepte in Frage zu stellen.

BRIGITTE KAUFMANN-ARN

Die Tendenz, dass effektiv und prozentual mehr Frauen als Männer bei Sachgeschäften an die Urne gehen, muss vermehrt in die Planung zukünftiger Abstimmungsstrategien einfließen. Mit den bisherigen Methoden und Massnahmen wird man der zunehmend höheren politischen Integration der Frauen nur ungenügend gerecht.

Frauen sind keine Zielgruppe

Noch viel zu oft sieht man den Abstimmungskampagnen an, dass «Frauen» darin als eine Zielgruppe (wie beispielsweise Landwirtschaft, Gewerbetreibende oder andere, je nach Abstimmungsvorlage) definiert worden sind. Wer jedoch fünfzig Prozent des Wählerpotentials belegt, lässt sich kaum als Zielgruppe definieren, zumal in der Regel Mittel und Mass-

nahmen fehlen, eine Gruppe dieser Grösse mit seinen Botschaften und Informationen zu erreichen. Sollen Frauen inskünftig wieder vermehrt von liberalen, bürgerlichen Ideen überzeugt werden, genügt es nicht mehr, drei, vier Monate vor dem Abstimmungstermin ein Komitee ins Leben zu rufen und einige Wochen später, zusätzlich ein Frauenkomitee zu bilden. Die Abstimmung über das Arbeitsgesetz hat dies deutlich gezeigt.

Information statt «Politik»

Voraussichtlich im Frühjahr 1998 werden wir über die eidgenössische GenSchutz-Initiative abzustimmen haben. Wie die Frauen dannzumal über die Gentechnik informiert sein werden, wird für den Ausgang dieses Urnenganges von entscheidender Bedeutung sein. Die Präsidentinnen der schweizerischen Frauenorganisationen CVP, FDP und SVP haben im Hinblick auf diese bedeutsame wirtschafts-, forschungs- und gesellschaftspolitische Weichenstellung ein Konzept erarbeitet, welches den hohen Informationsbedürfnissen der Frauen gerecht werden soll.

Dem Konzept «Zusammenarbeit bürgerlicher Frauenorganisationen» haben sich die Landfrauen, der gemeinnützige Frauenverein, der Vorort der Frauenzentralen sowie der katholische Frauenbund ange-

schlossen. Es soll sich – so die Idee der Initiantinnen – als tragfähige Basis einer stärkeren bürgerlichen Zusammenarbeit unter Frauen bewähren.

Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz, ist überzeugt, dass es höchste Zeit ist, einen Zusammenarbeitsmodus zu entwickeln, der sich für viele weitere Abstimmungsmethoden

Ziel steht denn im Konzept auch die Fachinformation – aus aktuellen Gründen über die Gentechnik. Sie soll im wesentlichen von Frauen für Frauen, planmässig und stufengerecht, in drei Teilen erfolgen.

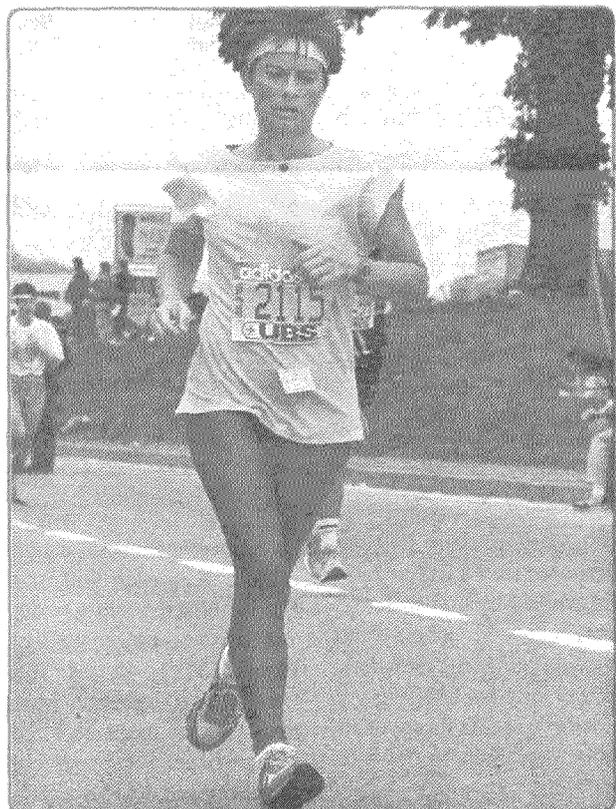
In einem ersten Teil wird pro Kanton oder nach Bedarf Region ein Grundseminar mit Vorträgen, Workshops oder Besichtigungen angeboten. In einem zwei-

sind drei bis vier Ausbildungsblöcke. Ganz zum Schluss kommt die aktive Verbreitung von fundierten Meinungen in der Öffentlichkeit.

Kick-off-Tagung im März

Jede der sechs Frauenorganisationen stellt eine Verantwortliche: Sie bilden zusammen die Projektleitung mit einem umfangreichen Pflichtenheft. Auf Stufe Kantone sind die Organisationsbeauftragten für eine aktive Meinungsbildung verantwortlich. Sie werden mit den notwendigen Unterlagen wie Argumentarien, Broschüren oder Referentinnenliste ausgerüstet.

An einer Kick-off-Tagung, «Frauen-Info-GEN» am 8. März 1997 im Stapferhaus in Lenzburg, fällt der Startschuss zu diesem ehrgeizigen Projekt. Die Frage, ob damit nicht eine unnötige Parallelorganisation zu den bisherigen Stützpunkten (meist kantonale Partei- oder Verbandssekretariate) aufgezogen wird, verneint die Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz. «Die Bedeutung der Meinungsbildung der Frauen ist enorm. Es gibt genügend Beispiele in der jüngeren Vergangenheit, die uns zeigen, dass es nicht mehr genügt, wenn Frauen in einem Abstimmungskampf von irgendeinem Komitee als irgendeine Zielgruppe angesprochen werden. Es braucht von allen Verantwortlichen und Beteiligten in der demokratischen Auseinandersetzung um Sachfragen mehr Einsatz, um Frauen vor wichtigen politischen Entscheidungen mit den Fakten zu bedienen.»



Frauen sind sehr wohl bereit, für eine Sache zu kämpfen. Das richtige Mass an Information, Motivation und Betreuung ist jedoch Voraussetzung dafür, dass Frauen bereit sind, sich in Abstimmungsfragen überdurchschnittlich zu engagieren.

eignet. «Hier geht es nicht um parteipolitische Auseinandersetzungen, sondern darum, die grösstmögliche Zahl von Frauen über wichtige Sachthemen informieren zu können. Alle beteiligten Organisationen behalten dabei ihr eigenständiges Profil.» Als oberstes

Teil erfolgt eine zentrale Schulung für Kaderfrauen, die sich aktiv an der Meinungsbildung beteiligen, für gezielte Einsätze zur Verfügung stehen (Podiumsleitungen, Leserbriefe) und zum Teil als Organisationsbeauftragte in ihrem Kanton wirken. Vorgesehen

FDP auf Internet
Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!
Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
www.fdp.ch

BESUCH Die FDP Schweiz zu Gast bei der deutschen Schwesterpartei

Fruchtbarer Meinungsaustausch

Nach einem langen Unterbruch trafen sich die Spitzen von F.D.P. Deutschland und FDP Schweiz zu Beginn des neuen Jahres im winterlichen Bonn zu einem fruchtbaren Meinungsaustausch auf Präsidiums- und Arbeits-ebene.

MARKUS R. SEILER,
PRESSECHIEF
FDP SCHWEIZ

Auf Einladung der F.D.P. Deutschlands machte sich eine Delegation der FDP Schweiz mit Parteipräsident Franz Steinegger an der Spitze auf den Weg nach Bonn. Erstes Etappenziel in der – offiziell noch bis 1999 – deutschen Hauptstadt war allerdings die schweizerische Botschaft: Dort liess man sich von Minister Philippe Welti und seinem «Team» über den Stand der politischen Agenda orientieren.

Streitpunkt «Soli»

Im Vordergrund der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland stehen die missliche Lage auf dem Arbeitsmarkt, der angekündigte Steuerumbau sowie die Diskussion um den Termin der Abschaffung des «Soli» genannten Solidaritätszuschlages für den Aufbau der neuen Bundesländer. Insbesondere letztere Frage war in der jüngsten Vergangenheit immer wieder Streitpunkt innerhalb der Koalition von CDU/CSU und F.D.P.: Während die Liberalen für eine rasche Senkung plädieren, bremst die CSU von Bundesfinanzminister Waigel. Zum anschliessenden Präsidiumsgespräch begab sich die Delegation in die Bundesgeschäftsstelle



Präsidiumsgespräch in Bonn: Dr. Guido Westerwelle, MdB, Generalsekretär der FDP Deutschland; Dr. Klaus Kinkel, MdB, Aussenminister; Christian Kauter, Generalsekretär FDP Schweiz; Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB, FDP-Bundesvorsitzender; Nationalrat Franz Steinegger, Präsident FDP Schweiz; Rainer Brüderle, MdL, Stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Rheinland-Pfalz (v. l.).

der deutschen Liberalen. Das moderne, «Thomas-Dehler-Haus» genannte Gebäude befindet sich mitten im Bonner Regierungsviertel und beherbergt rund vierzig Personen. Für die Vertreter der FDP Schweiz war es überraschend festzustellen, dass das Sekretariat der F.D.P.-Bundestagsfraktion räumlich wie organisatorisch vom Parteisekretariat vollständig getrennt ist. Letzteres zählt rund sechzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (!) und verfügt auch über eine eigene Pressestelle.

Lob für schweizerischen OSZE-Vorsitz

Unter der Leitung des F.D.P.-Bundesvorsitzenden, Parteipräsident Wolfgang Gerhardt, diskutierten auf deutscher Seite Aussenminister Klaus Kinkel, Generalsekretär Guido Westerwelle und Rainer Brüderle, Stellvertretender Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, mit Parteipräsident Franz Steinegger und Generalsekretär Christian Kauter (Photo). Erwartungsgemäss

standen bei diesem Meinungsaustausch die Haltung beider Parteien zur europäischen Integration und zur geplanten Währungsunion im Vordergrund. Grosses Lob wurde der Schweiz auch für die geleistete Arbeit im Rahmen ihrer OSZE-Präsidentschaft gezollt. Die mitgereisten Vertreter des Generalsekretariates der FDP Schweiz nutzten derweil die Gelegenheit, sich in der FDP-Bundesgeschäftsstelle über die Presse- und Organisationsarbeit der deutschen «Schwesterpartei» ins Bild setzen zu lassen.

Einzigartiges Stiftungswesen

Einem Mittagessen im Haus der Parlamentarischen Gesellschaft folgte am Nachmittag ein Gespräch mit Otto Graf Lambsdorff, dem ehemaligen Präsidenten der deutschen Liberalen wie auch der Liberalen Internationale (LI).

Anschliessend wurden die Besucher aus der Schweiz ins idyllische Königswinter ob Bonn gebracht. Am Sitz der Friedrich-Naumann-Stiftung liess man sich über Zweck und Rolle der Parteistiftun-

gen in Deutschland informieren. Mit Staunen nahmen die Besucher aus der Schweiz zur Kenntnis, dass der national und international präsente «Think tank» der deutschen Liberalen über ein Budget von rund 100 Millionen Mark (!) jährlich verfügt. Dass dieses Geld zur Verbreitung und Vertiefung liberalen Gedankengutes gut angelegt sei, begründeten die Vertreterinnen der Stiftung nicht zuletzt mit dem Hinweis, dass sie schon so manches ausländische Staatsoberhaupt «hervorgebracht» hätten...

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in allen Besatzungszonen neue liberale Parteien. Die Liberalen der Westzone schlossen sich 1948 zur Freien Demokratischen Partei zusammen. Das deutsche Grundgesetz wurde von ihnen massgeblich geprägt. Erster Bundespräsident wurde der FDP-Vorsitzende Theodor Heuss.

Gemeinsam mit der CDU/CSU hat die FDP nach 1949 die soziale Marktwirtschaft erstritten und erste Schritte zur europäischen Einigung getan. Nach Wiederaufbau, Aussöhnung mit dem Westen und der Stabilisierung des Staatswesens konnte die FDP in der Koalition mit den Sozialdemokraten nach 1969 Reformen für mehr Liberalität und mehr soziale Gerechtigkeit verwirklichen und die Ost- und Entspannungspolitik durchsetzen. Seit 1982 bildete die FDP erneut eine Koalition mit der CDU/CSU. Vorsitzender der FDP ist seit Juni 1993 Dr. Klaus Kinkel.



Dr. Klaus Kinkel, MdB, Aussenminister; Nationalrat Franz Steinegger, Präsident FDP Schweiz, und Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB, FDP-Bundesvorsitzender im angeregten Gespräch (v. l.).

Noch einmal: Kostenwahrheit im Verkehr

Sehr geehrte Damen und Herren

Diesen Artikel der Oktober-Ausgabe habe ich mit Befremden gelesen. Herr Seiler begründet seine Attacke gegen die Verkehrspolitik von «linken und grünen Politikern» mit dem Artikel «Das Auto schlägt die Eisenbahn!» der Zeitschrift «Facts» (Nummer 32/1996). Der Bericht in «Facts» ist aber bei genauerer Betrachtung als – gelinde ausgedrückt – missraten zu beurteilen.

Zur Kritik am «Facts»-Artikel (Zitierungen in Anführungszeichen, sämtliche Zahlen aus dem Artikel übernommen): Der Artikel beruft sich auf eine neue Studie der ungedeckten Kosten der Verkehrsträger Bahn, Auto, Flugzeug. Erstmals beinhaltet eine solche Studie neben den Sparten Unfälle und Umwelt auch die Betrachtung der Infrastrukturkosten: Nur, wer den «Facts»-Bericht sorgfältig

liest, wird sich die Frage stellen: Wo bleibt die Erläuterung des Neuen? Man wird nicht fündig. Einzig in einer Auflistung der ungedeckten Kosten erscheint die Rubrik «Infrastruktur», ohne dass im Textteil die Bestimmungsart dieser Kosten irgendwie erläutert würde! Bei der Bahn werden gemäss dieser Studie 14 von total 16,1 Rappen ungedeckter Kosten pro Personenkilometer durch diesen Posten verursacht (Strasse 0,3 Rappen von 7,3 Rappen pro Personenkilometer). Eine Erklärung ist bei dieser Relation unabdingbar und wäre ja eben gerade das Neue. Der Kommentar zu dieser Auflistung, «Der Flugverkehr zieht keine ungedeckten Kosten für Infrastruktur und Unfälle nach sich», macht noch unverständlicher, was denn genau in diese Rubrik fallen soll.

Eine spezielle Betrachtungsweise legt der «Facts»-Artikel auch bei einem Preisvergleich für eine Fahrt

von Zürich nach Genf und zurück an den Tag. In riesigen Lettern ist von 139,2 Prozent Preisaufschlag bei der Bahn zu lesen, falls die ungedeckten Kosten dazugerechnet werden. Beim Auto wird nur ein Aufschlag von 15,9 Prozent errechnet. Betrachtet man aber die absoluten Zahlen der ungedeckten Kosten – inklusive der nicht erklärten Infrastrukturkosten –, so ist die Differenz viel geringer: Fr. 87.70 (Zug) und Fr. 62.05 (Auto). Es ist nämlich so, dass die Bahn auch bei Berücksichtigung der ungedeckten Kosten das absolut günstigste Verkehrsmittel darstellt! (Bahn Fr. 150.70, Auto Fr. 451.20, Flugzeug Fr. 313.25, je für den Transport einer Person auf der genannten Strecke).

Die Anmerkung zum oben erwähnten Preisvergleich ist wiederum unverständlich: «Der Kostenvorteil der Bahnreise verliert gegenüber der Autofahrt, sobald mehr als eine Person im

Wagen sitzt.» Dies ist falsch, denn die ungedeckten Kosten werden in der Einheit Personenkilometer ausgewiesen und wurden über die mittlere Besetzung des entsprechenden Verkehrsträgers berechnet. Erst wenn im Mittel über alle Autofahrten mehr Personen in einem Auto sitzen, ergibt sich eine Verbesserung. Dasselbe gilt aber natürlich für alle Verkehrsträger! Im Artikel selbst findet man auch die folgenden statistischen Grössen: Sachlich wird «Im Auto, normalerweise ein Fünfplätzer, sitzen im Schnitt gerade 1,61 Personen» notiert, darunter polemisch formuliert: «In einem durchschnittlichen Zug der SBB sind zwei von drei Waggons völlig leer.» Man rechne!

Soweit einige Anmerkungen zur Qualität des «Facts»-Artikels. Bewusst habe ich nur die Zahlen aus «Facts» übernommen, keine anderen Werte vorgeschlagen und Diskussionspunkte

wie «Wieviel ist ein Verkehrsoffer wert?», «Wie hoch ist der Wert der Umwelt, eines Guts, das endlich und nicht vermehrbar ist?» oder «Warum werden öffentliche Transportmittel nicht vermehrt benutzt, obwohl sie billiger sind?» nicht aufgeworfen.

Herr Seilers Abrechnung mit einer Verkehrspolitik, die den ökologischen Standpunkt hoch bewertet und nicht aus dem «richtigen» Lager kommt, basiert mit dem «Facts»-Artikel auf einem fragwürdigen Fundament. Auch unter den Freisinnigen gibt es viele, bei denen die Ökologie Ausgangspunkt ihrer Gedanken ist. Ein Bumerang, der trifft, kommt nicht zurück! Wer hat hier einen Bumerang geworfen und nicht getroffen?

*Jürg Tschumi,
Oberdiessbach*

Nimmt Dreifuss den Schleier?

Sehr geehrte Damen und Herren

Frau Dreifuss hat das neue Krankenkassengesetz besonders mit dem Argument propagiert, die ständige Erhöhung der Krankenkassenprämien sei nicht mehr zu verkraften. Und das Volk hat das Gesetz im Vertrauen darauf angenommen, die skandalöse Prämiensteigerung werde nun gestoppt, was bei gutem Willen auch möglich gewesen wäre.

Und was geschah? Genau das Gegenteil ist passiert. Kaum war das Gesetz angenommen, stiegen die Prämien massiv.

In anderen Staaten müsste ein Minister den Hut nehmen, wenn so etwas passiert (bei einer Frau müsste man vielleicht sagen, den Schleier nehmen). In der Schweiz können sich die Bundesräte leisten, was sie wollen. Es passiert ihnen nichts.

Dr. R. Kehl, Zürich

Neue Synergien mit SP-Politprofi: bürgerliche Antwort fällig

Sehr geehrte Damen und Herren

Am Parteitag 1896 beschliesst die FDP eine Reorganisation der Partei. Angestrebt wird die Einbeziehung des «Allgemeinen Gewerkschaftsbundes» in die Partei. Im damaligen Aufbruch der Gründerzeit und bei einer stark voranschreitenden Industrialisierung, verbunden mit sozialen Spannungen, suchte schon vor 100 Jahren die SP die Integration der damaligen Gewerkschaften für eine Erhöhung ihrer Politeffizienz. 100 Jahre später hat der SMUV den Politprofi und ehemaligen SP-Generalse-

kreter André Daguét zum neuen «Oberhirten» gemacht, der mit gewieften taktischen Schachzügen vor den Nationalratswahlen 1995 erfolgreiche Wahlstrategien entwickelte. Unter anderem installierte er Bundesrat Sticks Rücktritt als wahltaktisches Manöver mit entsprechendem Erfolg als Denkmal, von dem er aber recht bald wieder heruntersteigen musste.

Die politische Einflussnahme eines SP-Politprofis auf eine Gewerkschaft während einer Phase des Image- und Mitgliederverlustes und die damit verbundene Radikalisierung und das Anstreben grösserer

Macht versprechen klaskämpferische Ansätze und eine politische Polarisierung der Arbeitnehmer, was im derzeitigen internationalen wettbewerbswirtschaftlichen Umfeld nicht von Gutem sein kann. Während die SP nun versucht, ihren Einfluss auf ihre Klientel von über 200 000 Gewerkschaftern auszudehnen, fehlen bürgerliche Antworten weitgehend. Wirtschaftlicher Erfolg ist in der Schweiz von grundsätzlicher Bedeutung, auch auf dem politischen Markt, wo die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, auch in der Sozialpolitik.

Radikalisierung und Polarisierung sind keine Rezepte für die Stabilität unserer schweizerischen Wirtschaft und den Wohlstand in der Schweiz. Die bürgerlichen Kräfte sind in der Dynamisierung des Arbeitsplatzes Schweiz gefordert. Schliesslich sind die meisten Mitglieder der bürgerlichen Parteien auch Arbeitnehmer mit ähnlichen Zukunftssorgen und -nöten. Das ist ein enormes Potential, das für den wirtschaftlichen Aufbruch, der allein die soziale Schweiz finanzieren kann, mobilisiert werden muss.

*Roger Eric Schärer,
Herrliberg*

Die Privatwirtschaft ruft



Nach neunjähriger Tätigkeit als Generalsekretär der FDP wechselt Christian Kauter zur Allgemeinen Plakatgesellschaft APG.

Karikatur Andreas Töns

FREISINN-WETTBEWERB Die Gewinner

Das war es!

GUS. In der Dezemberausgabe 1996 wurden Sie gefragt, welcher Gegenstand anlässlich der Delegiertenversammlung in Basel die Aufmerksamkeit der fünf Herren in seinen Bann zieht. Sehr viele Leserinnen und Leser haben uns originelle Vorschläge gesandt. Die Hauptpreise, nämlich ein FDP-Foulard und ein FDP-Portfeuille, gehen an **E. KIENER** in Herrenschwand und an **T. STEINER** in Willisau für folgende Vorschläge:

Einen Sonderpreis erhält Ch. Schellenberg in Pfäffikon. Er ist der Wahrheit mit dem Vorschlag einer «Sparmappe», welches bereits die Vorgänger von Bundesrat Kaspar Villiger benutzten, am nächsten gekommen.

Weitere originelle Vorschläge blieben zwar ohne Preis, sollen aber hier trotzdem veröffentlicht werden:

«Hesch scho gsee, dä Bodemaa het ä Kravatte aa!»

«Hier ist es, das EU-Beitrittsgesuch der SVP!»

«Endlich haben wir den unveröffentlichten Plan von Tinguely's Geldmaschine!»

«Do hämmer no d'Mehrheit!»

«Eine Röntgenaufnahme von Bodenmann. Ein wichtiges Organ scheint zu fehlen.»

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlich fürs Mitma-

«Ah, Jean-Pascal, ist das jetzt Dein neues Schiff?»

«Seht her, das ist mein Käfer, der die Budgetdefizite auffrisst.»

Den Preis der Redaktion geht an G. Lang in Rüfenacht für folgende Antwort:

«Das ist jetzt also die Nullnummer der neuen Parteizeitung <Freisinn FDP> in neuer Rechtschreibung.»



So spart das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD): Bundesrat und Finanzminister Kaspar Villiger zeigt Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Generalsekretär Christian Kauter und Parteipräsident Franz Steinegger eine alte Ledermappe, welche im EFD seit Jahrzehnten benutzt wird. Bereits die Altbundesräte Nobs und Chevallaz sollen ihre Papiere damit transportiert haben. (Photo ruti)

chen und gratulieren allen, die einen Preis gewonnen haben, ganz herzlich. Für alle, die nichts gewonnen haben: Der nächste Freisinn-Wettbewerb kommt bestimmt!

Herzliche Gratulation

Hans Rudolf Leuenberger wird 75jährig.

Morgen Dienstag wird der langjährige Generalsekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz, Hans Rudolf Leuenberger, 75jährig.

Der in Biel geborene und immer noch dort wohnhafte Jubilar eröffnete nach dem Studienabschluss als bernischer Fürsprecher in der Seeland-Metropole ein Anwaltsbüro. Seine politische Karriere begann 1952 mit seiner Wahl in den Bieler Stadtrat, den er 1963/64 präsidierte, und führte über den Gemeinderat (Exekutive) in den Grossen Rat des Kantons Bern und zu dessen Vorsitz 1976/77.

Seit Ende 1954 wirkte er bis im Frühling 1988 als Generalsekretär der FDP Schweiz. Dort bürgte HRL – wie er im Bekanntenkreis genannt wird – nicht nur für professionelle und personelle Kontinuität, sondern führte in geduldiger Kleinarbeit die oft divergierenden Interessen der freisinnigen Grossfamilie immer wieder zusammen. In seiner Tätigkeit kamen ihm seine weit über die Parteigrenzen hinaus anerkannte hohe Vermittlungsfähigkeit, sein diplomatisches Geschick sowie seine Diskretion zugute. In seiner Amtszeit wurde die FDP zur mitgliederstärksten Partei des Landes mit der grössten Fraktion in der Bundesversammlung.

Christian Beusch

Wie gefällt Ihnen das neue Kleid?

GUS. Haben Sie heute gestaunt, als Sie den «Freisinn» aus dem Briefkasten



nahmen? Nein, Sie täuschen sich nicht, unser «Freisinn» hat eine optische Umwandlung erfahren.

Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, wurde unser Parteiblatt über den Jahreswechsel renoviert und präsentiert sich mit dem heutigen Erscheinungsdatum erst-

mals im neuen Kleid. Weder am Format noch an der Erscheinungsweise als Kopfblatt mit acht kantonalen und einer schweizerischen Ausgabe wurde etwas geändert. Inhaltlich werden weiterhin Information, Dienstleistung und Unterhaltung im Vordergrund stehen.

Ihre Meinung zur neuen Aufmachung interessiert uns. Geben Sie Ihre Kritik, Ihre Anregungen, vielleicht auch Ihr Lob weiter an: FDP der Schweiz, Freisinn, Postfach 6136, 3001 Bern.